

Antrag

A17 NEU: DA2: Dringlichkeitsantrag: Verfassungsfeindlichkeit konsequent begegnen – Einheitliches Vorgehen gegen AfD- Mitglieder in den Strukturen des BDKJ

Antragssteller*innen: BDKJ DV Regensburg und BDKJ DV Passau (dort
beschlossen am: 06.05.2025)

Antragstext

1 **Die Mitgliedschaft in der AfD oder die aktive Unterstützung ihrer Ideologie wird**
2 **als unvereinbar mit den Grundwerten des BDKJ bewertet, wie mit dem Beschluss**
3 **„Aus christlicher Überzeugung für Demokratie! Wir zeigen klare Kante gegen die**
4 **extreme Rechte und rechten Populismus“.**

5
6 Die Einstufung der AfD als gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die
7 freiheitlich-demokratische Grundordnung durch das Bundesamt für
8 Verfassungsschutz stellt eine Verschärfung im Umgang mit dieser Partei dar. Als
9 Bund deutscher katholischer Jugend, der sich auf Grundlage des christlichen
10 Menschenbildes für eine offene, solidarische und demokratische Gesellschaft
11 einsetzt, dürfen wir diese Entwicklung nicht unbeantwortet lassen.

12 Die Gefahr, die von rechtsextremen Einstellungen und AfD-nahen Positionierungen
13 ausgeht, betrifft auch die Lebenswelt junger Menschen und kann unsere Strukturen
14 unmittelbar beeinflussen. In unseren Gruppenstunden, Gremien und Veranstaltungen
15 braucht es einen klaren Schutzraum für Vielfalt, Toleranz und Menschenwürde –
16 und eine unmissverständliche Haltung gegenüber all jenen, die diese Grundwerte
17 in Frage stellen.

18 Mit diesem Antrag geben wir den Beschlüssen des BDKJ-Bundesverbandes gegen die
19 AfD und gegen Rechtsextremismus eine konkrete, verbindliche Umsetzung. Ziel ist
20 es, alle Gliederungen des BDKJ in die Lage zu versetzen, angemessen, und klar
21 mit AfD-Mitgliedschaften oder -Nähe umzugehen, Unsicherheiten zu begegnen und
22 unsere Strukturen zu schützen. Dabei geht es nicht um Pauschalurteile, sondern
23 um die Verteidigung unserer gemeinsamen Werte.

24 Die Hauptversammlung des BDKJ möge beschließen:

- 25 **1. Die Jugendverbände verpflichten sich, flächendeckende Verfahren für den**
26 **Umgang mit Mitgliedern, die Teil einer rechtsextremen Organisation oder**
27 **Partei, wie der AfD oder der Jungen Alternativen sind oder sich in Wort**
28 **und Tat offen mit deren Programmatik identifizieren, aufrecht zu erhalten**
29 **oder zu entwickeln. Der BDKJ-Bundesverband schafft Austauschräume für die**
30 **Jugend- und Diözesanverbände, um über Erfahrungen, Umsetzungsmöglichkeiten**
31 **und Wirksamkeit von Verfahren in Kontakt und Dialog zu bleiben.**

- 32 2. Der Satzungsausschuss wird beauftragt, ein Verfahren zu entwickeln, um
33 einen Ausschluss von Mandatsträger*innen in BDKJ-Strukturen mit
34 rechtsextremer Gesinnung zu ermöglichen. Dieses soll der BDKJ-
35 Hauptversammlung bis Mai 2026 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt
36 werden.
- 37 3. Der BDKJ-Bundesvorstand wird beauftragt, an der BDKJ-Bundesstelle eine
38 Möglichkeit zur Dokumentation von oben genannten Fällen und eine
39 Beratungsmöglichkeit für die BDKJ-Strukturen zu schaffen Ziel ist es,
40 einen Überblick über rechtsextreme Vorfälle in den BDKJ-Strukturen zu
41 erhalten und eine im Rahmen der Möglichkeiten befindliche Unterstützung
42 der BDKJ-Strukturen zu schaffen.
- 43 4. Der BDKJ-Bundesverband stellt Informationen zusammen, die mindestens
44 folgende Inhalte umfassen:
- 45 ◦ Informationen zu Anlauf- und Meldestellen, an die sich Gliederungen,
46 ehrenamtlich Engagierte und hauptberuflich Tätige vertraulich wenden
47 können, wenn konkrete Hinweise auf AfD-Mitgliedschaften oder AfD-
48 nahe Positionierungen vorliegen.
 - 49 ◦ Informationen zu den Ausschlussverfahren der Jugendverbände.
 - 50 ◦ Informationen zu den Ansprechpersonen in den Jugendverbänden.
 - 51 ◦ Darstellung der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen zur Beendigung
52 von Arbeitsverhältnissen, die nicht im Einklang mit den Grundwerten
53 des BDKJ, insbesondere unserer Abgrenzung gegenüber rechtsextremen
54 Gedankengut, stehen. Dabei soll auch das kirchliche Arbeitsrecht
55 Beachtung finden.
- 56 5. Der BDKJ intensiviert seine Angebote zur politischen Bildung,
57 Demokratieförderung und Prävention gegen Rechtsextremismus – insbesondere
58 auf Orts- und Diözesanebene.

Begründung

Am 2. Mai 2025 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD als gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung eingestuft. Die AfD propagiert ein völkisches Menschenbild, verharmlost den Nationalsozialismus, hetzt gegen Migrantinnen, queere Menschen und Demokratinnen – all dies steht in direktem Widerspruch zu den Werten, für die der BDKJ einsteht.

Der BDKJ hat sich in seinen bisherigen Beschlüssen – wie z. B. „Aus christlicher Überzeugung für Demokratie! Wir zeigen klare Kante gegen die extreme Rechte und rechten Populismus“ – eindeutig gegen Rechtsextremismus und die AfD positioniert. Angesichts der neuen Einstufung durch den Verfassungsschutz ist es notwendig, diesen Beschlüssen jetzt konkrete, wirkungsvolle Maßnahmen folgen zu lassen, um unsere Strukturen zu schützen, Ehrenamtliche zu stärken und unsere Werte konsequent zu leben.

Die AfD stellt mit ihrer verfassungsfeindlichen Ideologie eine direkte Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Als katholischer Jugendverband mit einem klaren Wertekompass ist es

unsere Pflicht, dieser Entwicklung entschieden entgegenzutreten. Ein einheitliches und konsequentes Vorgehen innerhalb des BDKJ ist notwendig, um unsere Strukturen vor rechtsextremen Einflüssen zu schützen und unsere Glaubwürdigkeit als Verfechter von Demokratie und Menschenwürde zu bewahren.